

Pressemitteilung



Pressestelle der
Niedersächsischen
Landesregierung

Tel. (0511) 120 69 46/7 · Planckstr. 2 · 3000 Hannover 1

Hannover, den 30. Okt. 1985

SPD stochert vergeblich im Müll

Auch wenn die SPD noch lange im Müll stochert, sie wird nichts finden, womit sie die Landesregierung belasten könnte. Das erklärte Regierungssprecher Hilmar von Poser am Mittwoch zu den Vorwürfen des SPD-Landesvorsitzenden Johann Bruns. Zu keinem Zeitpunkt hat es bei der Sondermülldeponie Münchehagen Gefahren für die Umwelt gegeben. Die Landesregierung weiß, daß Altdeponien, die fast alle in der SPD-Regierungszeit gebaut worden sind, besondere Probleme mit sich bringen. Deshalb werden sie ständig besonders scharf kontrolliert, und, wie in diesem Fall, wird auch das kleinste Risiko sofort beseitigt. Um auf dem neuesten Stand der Technik zu sein, plant die Landesregierung für die Sondermüllbeseitigung den Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage.

Niedersachsen will Sondermüll in eigener Anlage vernichten

Land investiert 70 Millionen DM in Hochtemperaturofen

Eigener Bericht

ut. Hannover

Die niedersächsische Landesregierung hat sich entschlossen, die Beseitigung giftigen Industriemülls in eigene Regie zu übernehmen. Ministerpräsident Albrecht kündigte am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Hannover an, die Landesregierung werde für den Bau einer eigenen Hochtemperaturverbrennungsanlage für Chemiemüll 70 Millionen DM investieren. Ein Standort für den Ofen wurde noch nicht genannt.

Der Bau der geplanten Hochtemperaturverbrennungsanlage hat in dem von Albrecht vorgestellten Konzept der Sondermüllbeseitigung zentrale Bedeutung. Der Ministerpräsident sagte, Zielvorstellung sei, alles zu verbrennen, was verbrannt werden kann. Nichts sei wichtiger, als in Niedersachsen eine solche Verbrennungsanlage zu schaffen. Die Sonderabfälle sollten darin bei Temperaturen von über 1500 Grad verbrannt werden. Auch von Dioxinen bleibe dann keine Spur mehr übrig, sagte der Ministerpräsident. In der Bundesrepublik gibt es nur bei Bayer in Leverkusen eine größere Verbrennungsanlage, die diese Temperaturen erreichen kann.

Albrecht führte weiter aus, alle Stoffe, die völlig wasserunlöslich seien, sollten weiter in Tongruben gelagert werden. Die Chemieabfälle, die weder verbrannt noch in Tongruben eingelagert werden könnten, sollten in Salzstöcken deponiert werden. Albrecht begründete die beabsichtigte Neuorganisation mit der Bemerkung, er oder eine spätere Nachfolgeregierung wolle durch die Sondermüllbeseitigung nicht in eine „problematische Situation reinkommen“.

Ministerpräsident Albrecht teilte auf der Pressekonferenz in Hannover mit, daß eine Kontrollmessung die vor einer Woche bekannt gewordenen Dioxinfunde in einer ölhaltigen Flüssigkeit, die aus dem Polder IV in Mönchehagen ausgelaufen war, bestätigt habe. Es handele sich dabei um Seveso-Dioxin, sagte Albrecht, allerdings in einer etwas niedrigeren Menge, als sie bei der ersten Untersuchung gefunden worden sei. In der ersten Probe aus Mönchehagen, die das Ludwigshafener Kuhlmann-Institut analysiert hatte, war die extrem hohe Konzentration von 1125 Mikrogramm Seve-

so-Gift (2,3,7,8-TCDD) pro Kilogramm gefunden worden.

Albrecht ging dann auf das Problem der Sanierung der inzwischen geschlossenen Sondermülldeponie in Mönchehagen ein. Er sagte, man werde die Situation dort sorgfältig beobachten. Die gewaltigen Tonschichten in Mönchehagen böten für viele Jahrzehnte die Sicherheit, daß die dort eingelagerten Stoffe nicht in die Biosphäre hineingelangen. Man müsse sich jedoch auch auf diese Möglichkeit vorbereiten. Albrecht sprach sich dafür aus, daß die gesamte Deponie auf ihre Inhaltsstoffe untersucht werden soll. Die Kosten der Sanierung für die Deponie seien nicht abzuschätzen.

Albrecht übte dann indirekt Kritik an der bisherigen Genehmigungspraxis für Sondermülldeponien durch die Behörden. Er räumte ein, daß die von den Behörden geforderten Sicherheitsleistungen, die die Betreiber der Deponien beim Land hinterlegen müssen, im Notfall nicht ausreichen. Erst vor wenigen Wochen hatte die Bezirksregierung Hannover von der Dr. Dr. Anton Maier AG (Uetze) für ihre Deponieerweiterung in Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) eine Sicherheitsrücklage von nur zwei Millionen Mark gefordert.

Albrecht sagte im Hinblick auf die Deponie Mönchehagen, das Land könne es nicht hinnehmen, wenn Privatfirmen die Sondermüllbeseitigung übernehmen, dann aber nicht über das nötige Kapital verfügen, um notwendige Sanierungsmaßnahmen auszuführen. „Dann machen wir das lieber gleich selber“, sagte Albrecht.

Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Landesregierung die Absicht zu Verhandlungen mit der Dr. Dr. Anton Maier AG über die Deponie Hoheneggelsen habe.